

**Bezugspreis:**  
Monatlich 95 Pfg., vierteljährlich 2,85 M.,  
bei Einzahlung bei der Post abgeholt 90 Pfg.  
und M. 2,70, durch den Briefträger  
M. 1,04 und M. 3,12.  
**Frei-Beilagen:**  
Sommer- und Winterfahrplan,  
Hauseigenen Landwirt.  
Sprech- und Anschlag Nr. 2.  
Erscheint täglich  
außer an Sonn- und Feiertagen.

# Massauer Botte

**Anzeigenpreis:**  
Die befristete Anzeige oder deren Raum  
20 Pfg. Bei Stellenanzeigen und kleinen  
Anzeigen M. die vierte Aufnahme unentgeltlich.  
Reklamen 60 Pfg.  
**Anzeigen-Annahme:**  
Für die Tagesausgabe bis 5 Uhr am Vorabend.  
Nachlag nur bei Wiederholungen und  
pünktlicher Bezahlung.  
**Geschäftsstelle:** Diezerstraße 17.  
Telefon 12382 Frankfurt.

Verantwortlich: Dr. Albert Sieber. — Rotationsdruck u. Verlag der Limburger Vereinsdruckerei, G. m. b. H., J. Beder, Director, alle in Limburg.

Nr. 53.

Limburg a. d. Lahn, Montag, den 4. März 1918.

49. Jahrgang.

## Friede mit Rußland!

**BB. Berlin, 3. März. (Amtlich).** Der Friede mit Rußland ist heute 5 Uhr nachmittags unterzeichnet worden.

### Wiener Tagesbericht

**BB. Wien, 2. März.** Amtlich wird verlautbart:  
Von der italienischen Front keine besonderen Ereignisse.  
In Bosnien verlaufen die Operationen planmäßig. Unsere Truppen haben Lašowa, Prozur und Lipkany erreicht.  
Bei der Belagerung von Chotin kamienier Bodoffi ergaben sich zwei russische Korps und drei Infanteriedivisionskommandos.  
An Beute fielen bisher über 300 Geschütze, 200 Fahrzeuge, mehrere hundert Fußwehre, eine komplette Radiostation sowie eine große Menge Munition, sonstiges Kriegsmaterial und Verpflegungsvorräte in unsere Hände.  
Der Chef des Generalstabs.

### Neue Tauchboot-Erfolge:

**25 000 Gr.-A.-T.**  
**BB. Berlin, 3. März. (Amtlich).** Gines unserer Unterseeboote, Kommandant Oberleutnant J. S. Laubach, hat im westlichen Mittelmeer sechs Dampfer und einen Segler von zusammen mindestens 25 000 Bruttoregistertonnen zerstört.

Die Dampfer wurden zum größten Teil auf stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Den versenkten Schiffen besaß sich wahrscheinlich englische Dampfer „Comber“ (3905 T.), sowie der frühere russische Dampfer „Empire“ (3455 T.). Außerdem hat das U-Boot den englischen Transporter „Sardinia“ (6580 T.) durch Torpedotreffer schwer beschädigt und einer U-Bootflotte im Artilleriegefecht drei Treffer beibrachte.  
Der Chef des Admiralstabs der Marine.

### Die neuen Verhandlungen in Brest-Litowsk.

**BB. Brest-Litowsk, 3. März.** Die neuen Friedensverhandlungen des Vierbundes mit Rußland wurden in einer Vollversammlung unter Vorsitz des Generals v. Rosenfeld gestern Vormittag eröffnet. Der Vorsitzende schlug vor, zur Regelung der politischen Fragen einen gemeinsamen Vertrag der vier Verbündeten mit Rußland abzuschließen, die wirtschaftlichen Abmachungen und die rechtlichen Fragen teils in Anlehnung zum Hauptvertrag, teils in Anlehnung an die Bestimmungen der Verbündeten getrennt zu erledigen. Der General, der Führer der russischen Delegation, erklärte sich damit einverstanden, worauf in die politischen Verhandlungen eingetreten wurde. Der Vorsitzende übergab Herrn Sokolnikow einen von den Verbündeten gemeinsam aufgestellten Entwurf des politischen Hauptvertrages und eine eingehende Darstellung der einzelnen vertraglichen Bestimmungen. Ebenso wurden der russischen Delegation von den Vertretern der vier Verbündeten die Entwürfe für die wirtschaftlichen und rechtlichen Abmachungen mit entsprechenden Erläuterungen mitgeteilt. Die russische Delegation bekräftigt ihre Einstellung auf die einzelnen Punkte vor, bis ihr das Material in keiner Gesamtheit vorgelegt sei. Nachmittags nahmen die Verhandlungen ihren Fortgang.

**Berlin, 3. März.** Wie der „Kosmos“ von der russischen Seite hört, dürfte noch im Laufe des Monats die letzte Entscheidung im Sinne des russischen Friedenswunsches zwischen den Verbündeten des Vierbundes und Rußland fallen.

### Rumänien zum Frieden bereit.

**BB. Berlin, 3. März.** Aus Bukarest wird uns heute mitgeteilt, daß die Rumänen sich auf den Boden der vom Vierbunde vorgelegten Friedensgrundlagen gestellt haben und Vertreter zur Beratung über den Friedensschluß entsenden werden.

### Die Riesenbeute in Rußland

**BB. Berlin, 3. März.** Im Monat Februar haben die Alliierten über 1000 Offiziere u. mehr als 30 000 Gefangene gemacht. Hierzu kommen noch verschiedene höhere Stäbe und zwei Regimentskommandeure. An Beute wurden 1353 Geschütze, 2154 Maschinengewehre eingebracht. Außerdem fielen in Rußland den Deutschen 50 000 Gewehre und während des bisherigen Vormarsches 194 Lokomotiven, 5—6000 andere Fahrzeuge und 2248 Eisenbahnwagen in die Hände, von denen 704 noch beladen waren.

### Ein Teil der Beute in Rußland:

**Ueber 64000 Gefangene  
2620 Geschütze, über 5000 Maschinengewehre.  
Neue Verhandlungen mit Rumänien.**

### Deutscher Tagesbericht.

**BB. Großes Hauptquartier, 3. März. (Amtlich).**

### Westlicher Kriegsschauplatz:

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Südlich von Lombardie nahmen wir eine Anzahl belagerte Gefangenen. Brandenburgische Sturmtruppen brachten von einem Fort bei Krusshausen 66 Portugiesen, darunter 3 Offiziere, gefangen zurück.

#### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Französische Kompanien griffen am Abend nach mehrstündiger Feuerbereinigung unsere Stellungen bei Corbeux an. Sie wurden im Gegenstoß zurückgeworfen. In der Champagne lebte die Gefechtsaktivität in den Kampfabschnitten v. 1. 3. zeitweilig auf.

### Ostlicher Kriegsschauplatz:

#### Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die nach Ablauf des Waffenstillstandsvertrages eingeleiteten Operationen haben zu großen Erfolgen geführt.

Die Truppen des Generalobersten Grafen Kirchbach haben Livland und Estland zur Unterflutung der bedrängten Bewohner im Seegegend durchdringt, begleitet durch Teile der über den zugeflossenen Raub-Sund vorrühenden Belagerungen der baltischen Inseln u. durch einische Regimenter. Naval und Dorpat wurden eingenommen. Unsere Truppen sind vor Riga. Die Armeen des Generalobersten von Kirchbach und des Generalfeldmarschalls von Eichhorn haben in unaufhaltbarem Vorwärtsschritt über Dünaburg und Wink nach hartem Kampfe Pleskau sowie Bolo und Porri-Low eingenommen. In Porri-Low wurde die Vereinigung mit polnischen Divisionen erzielt.

Teile der Heeresgruppe Linsingen haben in Hebersteinmünne mit der ukrainischen Regierung die Eisenbahnen von Linniez über Rietshiza am Dajew bis Gomel nach mehrfachen Kämpfen geöffnet. Andere Divisionen unter Führung des Generals von Andrzej haben, feindl. Widerstand brechend, die auf Riem führende Bahnen und die Bahnlinie Riem-Schmerinka vom Feinde gesäubert. Am 1. März wurde

### Rücktritt Trotski.

„Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg, Trotski sei von seinem Posten als Volksbeauftragter des Auswärtigen zurückgetreten. Die Einladung an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk werde teilzunehmen, habe er abgelehnt. Es steht fest, daß Trotski mit seinen Kollegen und insbesondere mit Lenin nicht mehr einig sei.

### Der Vormarsch auf Petersburg.

Die „Ritter Morgenzeitung“ meldet: Nach den neuesten Nachrichten zu schließen haben die deutschen Truppen nunmehr die Grenze des Gouvernements Petersburg an drei Hauptstrahlen überschritten.

### Japan greift nicht in Europa ein

**Basel, 3. März.** Die „Times“ meldet aus Tokio: Das japanische Pressebüro widerlegt die Auslandsberichte von einem bevorstehenden Eingreifen Japans in den europäischen Kampf. Es liege für Japan kein Grund vor, sich in die inneren Angelegenheiten Europas einzumengen. Dagegen habe Japan wohlberedigte Interessen in Ostasien.

### Das goldene Riew.

Drei Hauptstädte unserer Feinde haben unsere Truppen im Verlauf des Weltkrieges belegt: Brüssel, Belgrad und Bukarest, drei andere große Städte, starke Festungen und wichtige Handelsplätze zugleich, genommen: Antwerpen, Warschau und Riga. Der Einzug in Riew reicht sich diesen Erfolgen würdig an. Riew war nicht die Werkstätte gewissermaßen Rüstschmiede wie die jehische und rumänische Hauptstadt, und doch werden alle unsere Feinde dadurch, daß jetzt deutsche

Truppen dort eingelegt sind, bis ins Mark getroffen. Denn die am hohen Ufer des Dnjepr gelegene Stadt, die durch eine 7 km. Stromabwärts liegende Furtung geschützt wird, war als Mittelpunkt der getriebenen und ergründeten ukrainischen Gouternements ein Bollwerk der großrussischen Macht, ein Ausfallort gegen Österreich-Ungarn; sein Verlust ist ein schwerer Schlag für die wirtschaftliche und politische Großmachstellung Großrußlands. Riew steht an Größe und Bedeutung Warschau und Riga nicht viel nach; es ist das Zentrum der russischen Zuckerindustrie und der Jemtschlagplatz eines umfangreichen Getreidehandels. Von hier aus wird ganz Südrußland mit Weizen aus Deutschland bezogen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten aller Art versorgt. Auf dem großen im Februar abgeschlossenen Kontrakt erwarb man Millionenbäusche in Zucker und Korn gemacht. Die Weizen haben daher alles daran gesetzt, um diesen Stützpunkt in ihrer Hand zu behalten.

### Bukarest und Brest-Litowsk.

**Berlin, 3. März.** Entgegen den Meldungen, die aus Bukarest aus Berl. Zeitungen gelangt waren, sei festgestellt, daß weder der Staatssekretär von Rühlmann noch Graf Czernin in Bukarest verblieben haben und nicht nach Brest-Litowsk gereist sind. Es war an diese angebliche Reise des Herrn v. Rühlmann und des Grafen Czernin der Kommentator geknüpft worden, daß die Verhandlungen mit Rumänien gescheitert seien. Zweifellos sind die Verhandlungen mit Rumänien schwierig, nicht wegen der Forderungen, die Deutschland stellt und die sich auf rein wirtschaftliche Fragen beziehen, sondern wegen des territorialen Ausgleichs, der von Ungarn und Bulgarien verlangt wird. Aber da sich der Staatssekretär v. Rühlmann und der Mi-

nister Graf Czernin noch in Bukarest befinden, kann der Kommentar in der bestimmten Form nicht zutreffend sein.

### Mobilmachung Japans

**Osaka, 2. März.** Der „Morning Post“ aus Shanghai zufolge soll Japan beschloffen haben, zwei kriegerischen Unternehmungen in Sibirien zu mobilisieren. Auch China soll sich in diesem Unternehmen mit vier Divisionen beteiligen.

### Belagerung Wladiwostok durch die Entente.

**Osaka, 3. März.** Im Gegenstoß zu den umlaufenden Gerüchten über die japanische Intervention in Ostasien zur Beilegung des wachsenden deutschen Einflusses nimmt ein neuer in London ausgearbeiteter Plan bestimmte Formen an. Danach soll eine Kolonne von 25—30 000 Mann, die aus amerikanischen, japanischen u. britischen Truppen besteht und mit Sanitätspersonal und Material stark ausgerüstet ist, in Wladiwostok landen und entlang der transsibirischen Eisenbahn möglichst weit fortzudringen, damit die Sibirischen Sibirien bis zum Ural für Nord- und Zentralrußland (?) gesichert werden. Diese Aktion soll angeblich im Namen der neuen sibirischen Republik geschehen.

Welch brennende „Rächtenliebe“ des Raubverbandes!

### Amerikanisches Mißtrauen.

Der New Yorker Berichterstatter des „Manchester Guardian“ meldet: An der New Yorker Börse hält man ein Eingreifen Japans in Asien für wahrscheinlich. In politischen und finanziellen Kreisen sieht man einen solchen Eingriff mit recht gemischten Gefühlen entgegen. Das alte Mißtrauen Amerikas gegen Japan ist noch immer nicht geschwunden. Man glaubt nicht an eine militärische Aktion Japans gegen Deutschland, da diese für Japan außerordentlich kostspielig sein würde.

### Eine französ. Stimme der Vernunft.

**Genf, 28. Febr.** Die „Humanité“ schreibt über den deutschen Vorstoß gegen Rußland: Der Vormarsch beweist von neuem, daß der Krieg gegen Deutschland niemals durch Waffen-gewalt zu Ende zu bringen ist, sondern ausschließlich durch eine freie Verständigung von Volk zu Volk. Wenn die Deutschen, die nach allen Versicherungen der Staatsmänner des Verbundes schon seit zwei Jahren vor dem Verbunden stehen sollen, im Osten solche gewalttätige Leistungen militärischer Art und auch organisatorischer Art durchsetzen können, so muß man sagen, daß sie es noch weitere zwei Jahre an der Westfront auszuhalten werden, wenn es den Strategen des Verbundes nicht gelingt, sie über den Rhein zurückzuwerfen. Von diesem Ziele ist jedoch die Entente heute mehr als je entfernt. Sie ist vom Rhein nie so weit entfernt gewesen als heute im zweiten Jahre der Hindenburgischen Kriegführung.

### Die Entente für den Jazirismus?

**Genf, 1. März.** Die „Nation“ erhält vom Direktor des ukrainischen Bureaus, der aus Wien über Petersburg, London und Paris nach der Schweiz zurückgekehrt ist, folgende Mitteilung: Wir glauben zu wissen, daß im Ausland eine große Antriebe zur Wiederherstellung der russ. Monarchie im Werk geleitet wird. In Paris und London arbeiten zwei aus früheren russischen Diplomaten u. Militärs bestehenden Gruppen an dieser Aufgabe. Sie werden von einer großen engl. Munitionsfabrik und einer großen Finanzgruppe Frankreichs unterstützt und besitzen in einer offiziellen Londoner Telegraphen-Agentur einen Vertreter, um jede Indiskretion, die durch Veröffentlichung von Depeschen geschehen könnte, zu verhindern.

Die „Nation“ überläßt dem Vertreter des ukrainischen Bureaus die Verantwortung für diese Meldung.

### Rumänisches.

Der „Voss. Ztg.“ wird berichtet: Die persönliche Unterredung, die im Auftrag des Vierbundes Graf Czernin mit dem rumänischen König hatte, kann als Beweis dafür angesehen werden, daß von unserer Seite die Frage der rumänischen Dynastie als eine innere Angelegenheit angesehen wird, auf die wir in keiner Weise Einfluß zu üben wünschen. Die Tatsache, daß der zum Minister des Auswärtigen ernannte bisherige Gesandte in London, Mikha, umgehend die Reise nach Rumänien antreten konnte, die über Österreichs Gebiet führt, wird vielfach als Beweis dafür angesehen, daß England sich mit dem Gedanken eines rumänischen Sonderfriedens abgefunden hat. Ob dieser zustande kommt, hängt davon ab, ob die maßgebenden Faktoren Rumäniens sich mit den Gebietsforderungen unserer Verbündeten, vor allem der Bulgaren, abzufinden bereit sind. Sollte das nicht der Fall sein, so wäre mit einem neuen militärischen Eingreifen zu rechnen, das bei der gegebenen Lage zu einer raschen Entscheidung in unserem Sinn führen müßte.



## Reichstagsverhandlungen.

Berlin, 1. März.  
Am Bundesratssitz: Graf Röhren, Ballast, Remath.  
Vizepräsident Paasche eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr.

Es wird die erste Lesung des Haushaltsplanes fortgesetzt.

Abg. Graf v. Posadowsky-Wehner (Dtsch. Fr.): Viel wichtiger als die hier eingehend erörterten Vorgänge im Bund der Reichswirtschaft ist die Frage der

Gestaltung der Finanzen des Deutschen Reiches. Mit einem geschlossenen Steuerplan ist die Regierung verständigerweise noch nicht hervorgetreten, es muß aber geprüft werden, ob die Kräfte stark genug sind, diese Lasten zu tragen. Unsere Schuld ist auf 124 Milliarden Mark angewachsen. Dazu kommen weitere große Ausgaben, so allein für die Beamtengehälter, die völlig neu reguliert werden: für die Rüststoffe werden sehr große Mittel aufzuwenden sein, da bei ihrer Einfuhr und der ausländischen Schiffahrt nicht zur Verfügung stehen wird. Unser Budgetwesen wird systematisch zu verbessern sein. Das erfordert große Mittel, da es nicht bloß Scheinmaßnahmen sein sollen. Es ist fraglich, ob man die Tilgung der Reichsschulden beschleunigen soll. Als wir anderthalb Milliarden Schulden hatten, schlug der Reichsrat die Tilgung vor, an ihre Tilgung mit Geld heranzutreten. Das schien damals nicht möglich. Wie viel weniger jetzt bei 124 Milliarden! Die Reichswirtschaft wird große Aufwendungen machen müssen zur Verbesserung des Verkehrs, der Gebäude und Maschinen. Bei der Industrie sind die Maschinen und andere Anlagen abgenutzt. Das Dandover liegt viel höher als davor. Es ist hart geprüft. Danach müssen sich die neuen Steuern richten. Ich hoffe, daß wir Staatsmänner bekommen, die das Staatsbudget so zu führen verstehen, daß es nicht wieder vorkommt, daß halbschwebende Eingänge und Ausgaben mit solchen belegt werden, die den Kontingenten aus unpolitischer Zeit gleichkommen. Vor allen Dingen aber muß die Steuerentlastung technisch auch in den Einzelheiten verbessert werden. Wir sind auf dem Wege, aber Bürger, und da müssen die Rechte der deutschen Staatsbürger gewahrt werden. (Sehr richtig!) Der wichtigste Faktor in der Reichsregierung ist der Reichstagspräsident. Seine Aufgabe ist es, mit äußerster Sparsamkeit bei den Einnahmen und Ausgaben zu walten. Es kommt die Stunde des Erwachens, und da wird bei der Steuerpolitik Reue und Jähzorn kommen sein. Es braucht nicht jede Rede einen Beifall wie den Kaiserhof zu erhalten.

Staatssekretär Graf Röhren: Den letzten Worten des Vorredners kann ich nur zustimmen. Bei einer jeden Ausgabe werden wir uns in Zukunft vorzudenken haben, wie sie auf die Steuerlasten wirken wird. Veranlaßt sind die Verordnungen über künftige Steuern nicht, sie sind und aber zur Klärung durchaus willkommen. An der Verbesserung unserer Veranlagungstechnik wird gearbeitet.

Abg. Bogheert (H.-Soz.): Das Ultimatum an Rußland widersteht vollkommen den Besprechungen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Wir sollten von den Völkern Nationalbewußtsein lernen. Die baltischen Völker, die uns jetzt anrufen, haben vorher dem Jorismus die Gabeln gesteckt. Der russische Bauer steht sich schon jetzt nach dem russischen Gewissen zurück. (Murmur bei den etwa 10 im Saale zurückgebliebenen Abgeordneten). An Generalmächten glauben wir nicht mehr, trotz des Beifalles.

Als der Redner im weiteren Verlauf seiner Ausführungen von der „verrückten Kriegspolitik der Regierung“ spricht, wird er von dem Vizepräsidenten Dobe zur Ordnung gerufen.

Abg. Bogheert fortsetzend: Das Wahlrecht kann nur genügen, wenn auch die Frauen und nicht nur die Männer, die an der Spitze der verschiedenen Organisationen stehen, für ihre Kriegseinstellungen das Wahlrecht bekommen. Den Unabgängigen Sozialdemokraten wird durch willkürliche Generalisierungen (Redner wird zur Ordnung gerufen) die Abhaltung von Versammlungen unmöglich gemacht. Das Verbot des Reichstages Reichstags über uns ist noch nicht aufgehoben; ein Zeichen dafür, daß die Politik nicht richtig ist. Die auswärtige Politik muß unter die Kontrolle des Volkes gestellt werden. Redner verliert sich in Einzelheiten.

Der Schaden der Streiks.  
General v. Schuch, Chef der Kriegskammer: Den Friedensorganisationen, die trotz der Annahme des Vorredners ihre Pflicht tun werden, gebührt unser tiefgefühlerter Dank. (Lebhafter Beifall.) Sie haben nicht nur die Familienfürsorge bei den Arbeitern ausgebaut, sondern sind auch als Arbeiterinnen in die Munitionsfabriken eingetreten. Solange es nicht eine Hand gibt, die das Schwert wegstellt, solange darf auch keine Hand, die zu arbeiten hat, ruhen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Der Bogheert hat nur Worte des Tadel gefunden. Ihm gelten auch nicht meine Worte, sondern dem arbeitenden Volke. (Beifall.)

Admiral v. Trompsdorff (H.-Soz.): Abgeordneter Bogheert hat vor kurzem ein wichtiges Merkmal mit dem Reichstagen gegen die Flotten- und Handelsmarine in der Rede eingebracht. Dieses wird nachgeprüft. Trotzdem er weiß, daß diese Prüfung noch nicht beendet ist, hat er die Angelegenheit hier angeschnitten. Dagegen muß ich Verwahrung einlegen.

Abg. v. Trompsdorff (H.-Soz.): Es wird hier immer von den unheimlichen Völkern gesprochen. In der Tat gibt es keine unheimlichen Völker und keine Unheimlichkeit.

## Erfolgreiche Vorstöße im Westen.

### Kiew, die Hauptstadt der Ukraine befreit.

Deutscher Tagesbericht.

BB. Großes Hauptquartier, 2. März. (Antich.)

#### Westlicher Kriegsschauplatz:

##### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Nur in wenigen Abschnitten lebte am Abend die Gefechtsaktivität auf. Eigene Erkundungen bei Hallebecke und südlich von St. Laurentin brachten Gefangene ein.

##### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

An vielen Stellen der Front führten wir erfolgreiche Unternehmungen durch. Deutlich von Reims drangen heftige Truppen in das zerstörte Fort Pompelle Rheinsland und Westfalen tiefen nordwestlich von Proenca tief in die feindlichen Stellungen vor.

Die aus den Februarkämpfen südlich von Tournai noch in Feindeshand gebliebenen Grabenstücke wurden von baltischen und thüringischen Truppen im Angriffseifer gesäubert. Auf dem Westufer der Maas führten rheinische Kompanien die feindlichen Gräben südlich von Neumont.

Nach Durchführung ihrer Erkundungen kehrten unsere Truppen mit mehr als 400 Gefangenen und zahlreichen erbeuteten Maschinengewehren in ihre Ausgangsstellungen zurück.

Polen wird immer noch als feindliches Land behandelt, politisch wie wirtschaftlich. Viele Tausende russ. polnische Arbeiter werden im Reich zurückgehalten, ohne ihnen die Möglichkeit zur Heimkehr zu geben, namentlich in Gommern und Berlin.

Unterstaatssekretär Dr. v. Lewald: Herr v. Trompsdorff hat immer nur das Ungünstige hervorgehoben, aber niemals das, was geschehen ist, um den Wünschen der polnischen Bevölkerung entgegenzukommen. So hat er gar nicht die Aufhebung des Sperrvertrages erwähnt. Sein tendenziöses Verhalten spiegelt sich wider in der Kritik und in der Darstellung der polnischen Lage. Der polnische Nationalismus ist ein gefährliches Element. Die Deutschen hätten bei ihrem Vormarsch die in aller Eile nach dem Abzug geschaffene polnische Verwaltung vollständig links liegen lassen. Die Deutschen haben im ganzen Generalgouvernement Warschau keinen polnischen Nationalismus und polnische Junge vorgefunden. Kein Reiter, eine feine Spur einer polnischen Selbstverwaltung war vorhanden. Die Deutschen fanden in der Verwaltung der Stadt vor. Was es gelungen ist, in diesem großen Lande wieder geordnete Zustände einzuführen, darüber geht der Herr Abgeordnete hinweg.

Das muß man aber auch alles berücksichtigen, um beurteilen zu können, welche ungeheure Kulturarbeit dort von den Deutschen geleistet worden ist. (Sehr richtig!) Wenn man die heutigen Zustände vergleicht und die vor zwei Jahren, dann muß selbst jemand, der die weitgehenden Forderungen stellt, ein beschönigendes Wort der Anerkennung dafür finden, was hier in mühevoller Arbeit von den deutschen Beamten geleistet worden ist. Es blieb vom Vorredner unerwähnt, daß jetzt in Polen überall polnische Gerichte vorhanden sind, die in polnischer Sprache Recht sprechen, eine seit mehr als hundert Jahren ausgeübte polnische Forderung. Ebenso haben die deutschen Wälfen den Polen zu der ihnen bisher unbekannten polnischen Selbstverwaltung verholfen. Es würde unangebracht sein, nicht anzuerkennen, daß jetzt eine Fülle von polnischen Männern in voller Eingabe und mit großem Eifer im Generalgouvernement mit den Deutschen zusammenarbeiten und das Wohl des Landes sichern. Das ist nicht so einfach, als eine Verwaltung zu improvisieren, das habe ich von dem polnischen Finanzminister erfahren, der mir sagte, daß man vorläufig nicht ohne die deutschen Beamten auskommen könne. Der Abgeordnete erwähnte mit seinem Worte, daß überall polnische Schulen eingerichtet worden sind, ebenso eine polnische Universität und eine polnische technische Hochschule. Die polnische Universität und Hochschule wurden allerdings eine Zeitlang geschlossen, weil die jungen Leute ihre Zeit weniger auf die Arbeit als auf politische Agitation verwendeten. Jetzt studieren dort über 200 Studenten und Studenteninnen. Es ist selbstverständlich, daß die Dinge in einem eroberten Lande das unter einer Militärverwaltung steht und das zwischenland zu einer Front bildet, und das von einer Bevölkerung demotiviert ist, die in allen ihren Teilen dem Eroberer nicht freundschaftlich gegenübersteht, nicht so sein können, wie in einem anderen. Herr v. Trompsdorff hat sich mißbilligend über unsere Agropolitik in Litauen ausgesprochen. Es wäre das aber geradezu ein Lobding von der deutschen Militärverwaltung, wenn sie dort keine Reute hinterläßt, die von der Landwirtschaft nicht berührt. Für die Ernährung des deutschen Volkes und die glückliche Fortführung des Krieges können wir auf die mehreren Hunderttausende polnischer Arbeiter nicht verzichten. (Lebhafter Beifall.)

Polen wird immer noch als feindliches Land behandelt, politisch wie wirtschaftlich. Viele Tausende russ. polnische Arbeiter werden im Reich zurückgehalten, ohne ihnen die Möglichkeit zur Heimkehr zu geben, namentlich in Gommern und Berlin.

Unterstaatssekretär Dr. v. Lewald: Herr v. Trompsdorff hat immer nur das Ungünstige hervorgehoben, aber niemals das, was geschehen ist, um den Wünschen der polnischen Bevölkerung entgegenzukommen. So hat er gar nicht die Aufhebung des Sperrvertrages erwähnt. Sein tendenziöses Verhalten spiegelt sich wider in der Kritik und in der Darstellung der polnischen Lage. Der polnische Nationalismus ist ein gefährliches Element. Die Deutschen hätten bei ihrem Vormarsch die in aller Eile nach dem Abzug geschaffene polnische Verwaltung vollständig links liegen lassen. Die Deutschen haben im ganzen Generalgouvernement Warschau keinen polnischen Nationalismus und polnische Junge vorgefunden. Kein Reiter, eine feine Spur einer polnischen Selbstverwaltung war vorhanden. Die Deutschen fanden in der Verwaltung der Stadt vor. Was es gelungen ist, in diesem großen Lande wieder geordnete Zustände einzuführen, darüber geht der Herr Abgeordnete hinweg.

Das muß man aber auch alles berücksichtigen, um beurteilen zu können, welche ungeheure Kulturarbeit dort von den Deutschen geleistet worden ist. (Sehr richtig!) Wenn man die heutigen Zustände vergleicht und die vor zwei Jahren, dann muß selbst jemand, der die weitgehenden Forderungen stellt, ein beschönigendes Wort der Anerkennung dafür finden, was hier in mühevoller Arbeit von den deutschen Beamten geleistet worden ist. Es blieb vom Vorredner unerwähnt, daß jetzt in Polen überall polnische Gerichte vorhanden sind, die in polnischer Sprache Recht sprechen, eine seit mehr als hundert Jahren ausgeübte polnische Forderung. Ebenso haben die deutschen Wälfen den Polen zu der ihnen bisher unbekannten polnischen Selbstverwaltung verholfen. Es würde unangebracht sein, nicht anzuerkennen, daß jetzt eine Fülle von polnischen Männern in voller Eingabe und mit großem Eifer im Generalgouvernement mit den Deutschen zusammenarbeiten und das Wohl des Landes sichern. Das ist nicht so einfach, als eine Verwaltung zu improvisieren, das habe ich von dem polnischen Finanzminister erfahren, der mir sagte, daß man vorläufig nicht ohne die deutschen Beamten auskommen könne. Der Abgeordnete erwähnte mit seinem Worte, daß überall polnische Schulen eingerichtet worden sind, ebenso eine polnische Universität und eine polnische technische Hochschule. Die polnische Universität und Hochschule wurden allerdings eine Zeitlang geschlossen, weil die jungen Leute ihre Zeit weniger auf die Arbeit als auf politische Agitation verwendeten. Jetzt studieren dort über 200 Studenten und Studenteninnen. Es ist selbstverständlich, daß die Dinge in einem eroberten Lande das unter einer Militärverwaltung steht und das zwischenland zu einer Front bildet, und das von einer Bevölkerung demotiviert ist, die in allen ihren Teilen dem Eroberer nicht freundschaftlich gegenübersteht, nicht so sein können, wie in einem anderen. Herr v. Trompsdorff hat sich mißbilligend über unsere Agropolitik in Litauen ausgesprochen. Es wäre das aber geradezu ein Lobding von der deutschen Militärverwaltung, wenn sie dort keine Reute hinterläßt, die von der Landwirtschaft nicht berührt. Für die Ernährung des deutschen Volkes und die glückliche Fortführung des Krieges können wir auf die mehreren Hunderttausende polnischer Arbeiter nicht verzichten. (Lebhafter Beifall.)

Polen wird immer noch als feindliches Land behandelt, politisch wie wirtschaftlich. Viele Tausende russ. polnische Arbeiter werden im Reich zurückgehalten, ohne ihnen die Möglichkeit zur Heimkehr zu geben, namentlich in Gommern und Berlin.

Unterstaatssekretär Dr. v. Lewald: Herr v. Trompsdorff hat immer nur das Ungünstige hervorgehoben, aber niemals das, was geschehen ist, um den Wünschen der polnischen Bevölkerung entgegenzukommen. So hat er gar nicht die Aufhebung des Sperrvertrages erwähnt. Sein tendenziöses Verhalten spiegelt sich wider in der Kritik und in der Darstellung der polnischen Lage. Der polnische Nationalismus ist ein gefährliches Element. Die Deutschen hätten bei ihrem Vormarsch die in aller Eile nach dem Abzug geschaffene polnische Verwaltung vollständig links liegen lassen. Die Deutschen haben im ganzen Generalgouvernement Warschau keinen polnischen Nationalismus und polnische Junge vorgefunden. Kein Reiter, eine feine Spur einer polnischen Selbstverwaltung war vorhanden. Die Deutschen fanden in der Verwaltung der Stadt vor. Was es gelungen ist, in diesem großen Lande wieder geordnete Zustände einzuführen, darüber geht der Herr Abgeordnete hinweg.

Das muß man aber auch alles berücksichtigen, um beurteilen zu können, welche ungeheure Kulturarbeit dort von den Deutschen geleistet worden ist. (Sehr richtig!) Wenn man die heutigen Zustände vergleicht und die vor zwei Jahren, dann muß selbst jemand, der die weitgehenden Forderungen stellt, ein beschönigendes Wort der Anerkennung dafür finden, was hier in mühevoller Arbeit von den deutschen Beamten geleistet worden ist. Es blieb vom Vorredner unerwähnt, daß jetzt in Polen überall polnische Gerichte vorhanden sind, die in polnischer Sprache Recht sprechen, eine seit mehr als hundert Jahren ausgeübte polnische Forderung. Ebenso haben die deutschen Wälfen den Polen zu der ihnen bisher unbekannten polnischen Selbstverwaltung verholfen. Es würde unangebracht sein, nicht anzuerkennen, daß jetzt eine Fülle von polnischen Männern in voller Eingabe und mit großem Eifer im Generalgouvernement mit den Deutschen zusammenarbeiten und das Wohl des Landes sichern. Das ist nicht so einfach, als eine Verwaltung zu improvisieren, das habe ich von dem polnischen Finanzminister erfahren, der mir sagte, daß man vorläufig nicht ohne die deutschen Beamten auskommen könne. Der Abgeordnete erwähnte mit seinem Worte, daß überall polnische Schulen eingerichtet worden sind, ebenso eine polnische Universität und eine polnische technische Hochschule. Die polnische Universität und Hochschule wurden allerdings eine Zeitlang geschlossen, weil die jungen Leute ihre Zeit weniger auf die Arbeit als auf politische Agitation verwendeten. Jetzt studieren dort über 200 Studenten und Studenteninnen. Es ist selbstverständlich, daß die Dinge in einem eroberten Lande das unter einer Militärverwaltung steht und das zwischenland zu einer Front bildet, und das von einer Bevölkerung demotiviert ist, die in allen ihren Teilen dem Eroberer nicht freundschaftlich gegenübersteht, nicht so sein können, wie in einem anderen. Herr v. Trompsdorff hat sich mißbilligend über unsere Agropolitik in Litauen ausgesprochen. Es wäre das aber geradezu ein Lobding von der deutschen Militärverwaltung, wenn sie dort keine Reute hinterläßt, die von der Landwirtschaft nicht berührt. Für die Ernährung des deutschen Volkes und die glückliche Fortführung des Krieges können wir auf die mehreren Hunderttausende polnischer Arbeiter nicht verzichten. (Lebhafter Beifall.)

Polen wird immer noch als feindliches Land behandelt, politisch wie wirtschaftlich. Viele Tausende russ. polnische Arbeiter werden im Reich zurückgehalten, ohne ihnen die Möglichkeit zur Heimkehr zu geben, namentlich in Gommern und Berlin.

Unterstaatssekretär Dr. v. Lewald: Herr v. Trompsdorff hat immer nur das Ungünstige hervorgehoben, aber niemals das, was geschehen ist, um den Wünschen der polnischen Bevölkerung entgegenzukommen. So hat er gar nicht die Aufhebung des Sperrvertrages erwähnt. Sein tendenziöses Verhalten spiegelt sich wider in der Kritik und in der Darstellung der polnischen Lage. Der polnische Nationalismus ist ein gefährliches Element. Die Deutschen hätten bei ihrem Vormarsch die in aller Eile nach dem Abzug geschaffene polnische Verwaltung vollständig links liegen lassen. Die Deutschen haben im ganzen Generalgouvernement Warschau keinen polnischen Nationalismus und polnische Junge vorgefunden. Kein Reiter, eine feine Spur einer polnischen Selbstverwaltung war vorhanden. Die Deutschen fanden in der Verwaltung der Stadt vor. Was es gelungen ist, in diesem großen Lande wieder geordnete Zustände einzuführen, darüber geht der Herr Abgeordnete hinweg.

Das muß man aber auch alles berücksichtigen, um beurteilen zu können, welche ungeheure Kulturarbeit dort von den Deutschen geleistet worden ist. (Sehr richtig!) Wenn man die heutigen Zustände vergleicht und die vor zwei Jahren, dann muß selbst jemand, der die weitgehenden Forderungen stellt, ein beschönigendes Wort der Anerkennung dafür finden, was hier in mühevoller Arbeit von den deutschen Beamten geleistet worden ist. Es blieb vom Vorredner unerwähnt, daß jetzt in Polen überall polnische Gerichte vorhanden sind, die in polnischer Sprache Recht sprechen, eine seit mehr als hundert Jahren ausgeübte polnische Forderung. Ebenso haben die deutschen Wälfen den Polen zu der ihnen bisher unbekannten polnischen Selbstverwaltung verholfen. Es würde unangebracht sein, nicht anzuerkennen, daß jetzt eine Fülle von polnischen Männern in voller Eingabe und mit großem Eifer im Generalgouvernement mit den Deutschen zusammenarbeiten und das Wohl des Landes sichern. Das ist nicht so einfach, als eine Verwaltung zu improvisieren, das habe ich von dem polnischen Finanzminister erfahren, der mir sagte, daß man vorläufig nicht ohne die deutschen Beamten auskommen könne. Der Abgeordnete erwähnte mit seinem Worte, daß überall polnische Schulen eingerichtet worden sind, ebenso eine polnische Universität und eine polnische technische Hochschule. Die polnische Universität und Hochschule wurden allerdings eine Zeitlang geschlossen, weil die jungen Leute ihre Zeit weniger auf die Arbeit als auf politische Agitation verwendeten. Jetzt studieren dort über 200 Studenten und Studenteninnen. Es ist selbstverständlich, daß die Dinge in einem eroberten Lande das unter einer Militärverwaltung steht und das zwischenland zu einer Front bildet, und das von einer Bevölkerung demotiviert ist, die in allen ihren Teilen dem Eroberer nicht freundschaftlich gegenübersteht, nicht so sein können, wie in einem anderen. Herr v. Trompsdorff hat sich mißbilligend über unsere Agropolitik in Litauen ausgesprochen. Es wäre das aber geradezu ein Lobding von der deutschen Militärverwaltung, wenn sie dort keine Reute hinterläßt, die von der Landwirtschaft nicht berührt. Für die Ernährung des deutschen Volkes und die glückliche Fortführung des Krieges können wir auf die mehreren Hunderttausende polnischer Arbeiter nicht verzichten. (Lebhafter Beifall.)

Polen wird immer noch als feindliches Land behandelt, politisch wie wirtschaftlich. Viele Tausende russ. polnische Arbeiter werden im Reich zurückgehalten, ohne ihnen die Möglichkeit zur Heimkehr zu geben, namentlich in Gommern und Berlin.

Unterstaatssekretär Dr. v. Lewald: Herr v. Trompsdorff hat immer nur das Ungünstige hervorgehoben, aber niemals das, was geschehen ist, um den Wünschen der polnischen Bevölkerung entgegenzukommen. So hat er gar nicht die Aufhebung des Sperrvertrages erwähnt. Sein tendenziöses Verhalten spiegelt sich wider in der Kritik und in der Darstellung der polnischen Lage. Der polnische Nationalismus ist ein gefährliches Element. Die Deutschen hätten bei ihrem Vormarsch die in aller Eile nach dem Abzug geschaffene polnische Verwaltung vollständig links liegen lassen. Die Deutschen haben im ganzen Generalgouvernement Warschau keinen polnischen Nationalismus und polnische Junge vorgefunden. Kein Reiter, eine feine Spur einer polnischen Selbstverwaltung war vorhanden. Die Deutschen fanden in der Verwaltung der Stadt vor. Was es gelungen ist, in diesem großen Lande wieder geordnete Zustände einzuführen, darüber geht der Herr Abgeordnete hinweg.

Das muß man aber auch alles berücksichtigen, um beurteilen zu können, welche ungeheure Kulturarbeit dort von den Deutschen geleistet worden ist. (Sehr richtig!) Wenn man die heutigen Zustände vergleicht und die vor zwei Jahren, dann muß selbst jemand, der die weitgehenden Forderungen stellt, ein beschönigendes Wort der Anerkennung dafür finden, was hier in mühevoller Arbeit von den deutschen Beamten geleistet worden ist. Es blieb vom Vorredner unerwähnt, daß jetzt in Polen überall polnische Gerichte vorhanden sind, die in polnischer Sprache Recht sprechen, eine seit mehr als hundert Jahren ausgeübte polnische Forderung. Ebenso haben die deutschen Wälfen den Polen zu der ihnen bisher unbekannten polnischen Selbstverwaltung verholfen. Es würde unangebracht sein, nicht anzuerkennen, daß jetzt eine Fülle von polnischen Männern in voller Eingabe und mit großem Eifer im Generalgouvernement mit den Deutschen zusammenarbeiten und das Wohl des Landes sichern. Das ist nicht so einfach, als eine Verwaltung zu improvisieren, das habe ich von dem polnischen Finanzminister erfahren, der mir sagte, daß man vorläufig nicht ohne die deutschen Beamten auskommen könne. Der Abgeordnete erwähnte mit seinem Worte, daß überall polnische Schulen eingerichtet worden sind, ebenso eine polnische Universität und eine polnische technische Hochschule. Die polnische Universität und Hochschule wurden allerdings eine Zeitlang geschlossen, weil die jungen Leute ihre Zeit weniger auf die Arbeit als auf politische Agitation verwendeten. Jetzt studieren dort über 200 Studenten und Studenteninnen. Es ist selbstverständlich, daß die Dinge in einem eroberten Lande das unter einer Militärverwaltung steht und das zwischenland zu einer Front bildet, und das von einer Bevölkerung demotiviert ist, die in allen ihren Teilen dem Eroberer nicht freundschaftlich gegenübersteht, nicht so sein können, wie in einem anderen. Herr v. Trompsdorff hat sich mißbilligend über unsere Agropolitik in Litauen ausgesprochen. Es wäre das aber geradezu ein Lobding von der deutschen Militärverwaltung, wenn sie dort keine Reute hinterläßt, die von der Landwirtschaft nicht berührt. Für die Ernährung des deutschen Volkes und die glückliche Fortführung des Krieges können wir auf die mehreren Hunderttausende polnischer Arbeiter nicht verzichten. (Lebhafter Beifall.)

Polen wird immer noch als feindliches Land behandelt, politisch wie wirtschaftlich. Viele Tausende russ. polnische Arbeiter werden im Reich zurückgehalten, ohne ihnen die Möglichkeit zur Heimkehr zu geben, namentlich in Gommern und Berlin.

Unterstaatssekretär Dr. v. Lewald: Herr v. Trompsdorff hat immer nur das Ungünstige hervorgehoben, aber niemals das, was geschehen ist, um den Wünschen der polnischen Bevölkerung entgegenzukommen. So hat er gar nicht die Aufhebung des Sperrvertrages erwähnt. Sein tendenziöses Verhalten spiegelt sich wider in der Kritik und in der Darstellung der polnischen Lage. Der polnische Nationalismus ist ein gefährliches Element. Die Deutschen hätten bei ihrem Vormarsch die in aller Eile nach dem Abzug geschaffene polnische Verwaltung vollständig links liegen lassen. Die Deutschen haben im ganzen Generalgouvernement Warschau keinen polnischen Nationalismus und polnische Junge vorgefunden. Kein Reiter, eine feine Spur einer polnischen Selbstverwaltung war vorhanden. Die Deutschen fanden in der Verwaltung der Stadt vor. Was es gelungen ist, in diesem großen Lande wieder geordnete Zustände einzuführen, darüber geht der Herr Abgeordnete hinweg.

Die südlich von Tournai genommenen Gräben wurden gehalten und gegen französische Gegenangriffe behauptet.

#### Heeresgruppe Herzog Albrecht von Württemberg.

Zwischen Maas und Mosel ließen Infanterie mit Pionieren in die feindlichen Gräben nordöstlich von Seidrepp vor. Die amerikanische Besatzung erlitt schwere Verluste und büßte 12 Gefangene ein.

Donnmann Ritter von Tuffsch errang durch Abstoß eines feindlichen Festballons seinen 25. Lufttag.

#### Westlicher Kriegsschauplatz:

##### Heeresgruppe General von Eichhorn.

In Ostland und Pilsand nehmen die Operationen ihren Verlauf.

##### Heeresgruppe General von Finsingen.

Bei der Verfolgung des bei Rietshia geschlagenen Feindes haben wir Homet genommen. Kien, die Hauptstadt der Ukraine, wurde durch ukrainische und sächsische Truppen befreit.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der 1. Generalquartiermeister.  
Ludendorff.

Abg. Fehrenbach (Zentr.): Berechtigte Beschwerden der preussischen Völkern haben stets bei uns ein williges Ohr gefunden. Sie müssen bei Preußen bleiben. Dabei soll ihnen der nationale Charakter, Sprache und Art erhalten bleiben. Das heutige Königreich Preußen war feindliches Land. Deshalb griffen drei Kriegsgewaltnahmen Platz, die Herten mit sich brachten. Diese Unbill dürfte ihnen aber nicht Anlaß sein, den Friedensvertrag mit der Ukraine abzulehnen. Die Gleichberechtigung haben im Mann für Mann angenommen.

Kann persönliche Bemerkungen des Abg. Bogheert und Admirals Behninghaus und General v. Schuch schließt die allgemeine Debatte über den Staatshaushalt, der an den Hausauswuchs geht.

Darauf verlegt sich das Land bis zum Dienstag, den 12. März. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Landtagsverhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 1. März.

Am Regierungssitz: Dr. Drowa.  
Vizepräsident Graf v. Schwerin-Löwisch eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Die Beratung des Etats für das Reichsgeldwesen wird fortgesetzt in Verbindung mit dem Antrag des Abg. Dingmann (natl.) über die Fürsorge für die unbemittelten Krüppel unter 16 Jahren, dem die Kommission zugestimmt hat.

Abg. Firsch-Weilin (Soz.): Dem Antrag Dingmann stimmen wir zu. Für Befähigung der Tuberkulose ist eine gleichmäßige Wohnungsfürsorge besonders wichtig. Ebenso notwendig ist eine wirksame Bekämpfung der Sänglingssterblichkeit.

Minister des Innern Dr. Drowa: Die Wirkung neuer Mittel zur Heilung von Krankheiten bedarf der sorgfältigsten Prüfung. Die Aufhebung der neuen Decretum ist der freien Wissenschaft und der Praxis der Aerztschaft zu überlassen. Die deutsche Regierung hat einen Mittel, wenn festgestellt wird, es liegt bei einem Mittel eine öffentliche Gefahr vor, so muß die Verleugung des Staats einleiten. Nach den eingegangenen Berichten würde ein Eingreifen des Staats gegen das Salvarian nicht gerechtfertigt sein. Vorzüglich und richtig angewendet, bedeutet das Mittel eine Verbesserung unseres Heimatsklimas. Die Regierung wird ferner bestrebt sein, alle gesundheitlichen Maßnahmen zur Förderung einer gesunden Bevölkerungspolitik zu treffen u. sie zu unterstützen, besonders auf dem Gebiete der Wohlfahrtsfürsorge und der Sänglingsfürsorge. Vor allem am Herzen liegen muß die Erziehung des Volkes, die weniger durch Bücher als durch den persönlichen Einfluß v. Mensch zu Mensch wirksam wird. Eine erzieherische Wirkung werden wir aber nur erreichen, wenn wir alle vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Abg. Regenbogen (natl.): Wir sind erfreut über die Einstellung von 500 000 Mark zur Bekämpfung der Sänglingssterblichkeit. Die Bekämpfung der Tuberkulose hängt mit der Schaffung gesunder Mütter zusammen. Dem Antrag über die Krüppelfürsorge stimmen wir zu. Seit der Einführung des Salvarians ist die Zahl der an Sphälole Erkrankten um 25 Prozent gesunken.

Der Etat des Reichsgeldwesens wird mit dem Antrag Dingmann genehmigt.

Der Salvarian-Antrag Drowa wird zur Eröfnung überwiesen.

Der Etat des Reichsgeldwesens wird mit dem Antrag Dingmann genehmigt.

Der Salvarian-Antrag Drowa wird zur Eröfnung überwiesen.

Der Etat des Reichsgeldwesens wird mit dem Antrag Dingmann genehmigt.

Der Salvarian-Antrag Drowa wird zur Eröfnung überwiesen.

Der Etat des Reichsgeldwesens wird mit dem Antrag Dingmann genehmigt.

Der Salvarian-Antrag Drowa wird zur Eröfnung überwiesen.

Der Etat des Reichsgeldwesens wird mit dem Antrag Dingmann genehmigt.

Der Salvarian-Antrag Drowa wird zur Eröfnung überwiesen.

Der Etat des Reichsgeldwesens wird mit dem Antrag Dingmann genehmigt.

Es folgt die Beratung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung in Verbindung mit der Beratung der Antikörper der Sicherheitsmänner und der Mitglieder der Arbeiterkassen und in Verbindung mit der Denkschrift über das Anknüpfungsgesetz.

Abg. Schulte-Bellum (Natl.) tritt für auskömmliche Löhne der Arbeiter ein.

Die Beratungen werden vertagt auf Samstag 11 Uhr. Außerdem Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung. — Schluß 4 Uhr.

#### Die Stimmung in Polen.

Berlin, 28. Febr. Einige Blätter glauben, den Beginn einer merklichen Beruhigung der Stimmung in Polen feststellen zu können. Man lange in Polen an, einzusehen, daß den polnischen Interessen doch am besten durch den Anschluß an die Zentralmächte gebient sei, und wolle das augenblickliche provisorische Beamtenministerium schon in einigen Tagen durch ein neues politisches Ministerium ersetzen, das sich die Pflege der guten Beziehungen zu uns angelegen sein lassen werde. — Man muß abwarten, wie weit die Hoffnungen, die sich in diesen Mitteilungen kundgeben, sich erfüllen werden. Bereits Graf Hertling hat übrigens in seiner letzten Rede zur auswärtigen Politik von der „großen Beruhigung“ gesprochen, die durch die Abgabe einer nachdrücklichen Versicherung der polnischen Wünsche in der Cholmer Frage eingetreten sei.

#### Ein Anschlag gegen Strelensky?

Genf, 1. März. Nach dem „Exchange-Telegraph“ soll gegen Strelensky ein Mordanschlag verübt worden sein. Er sei durch einen Revolverwurf am Hals verletzt worden. An seine Stelle sei General Brjewitsky zum Generalissimus und gleichzeitig zum Diktator ernannt worden.

#### Ein unzulässiges Verfahren Dänemarks.

Das Begleitschiff des deutschen Hilfskreuzers „Wolf“, der Janatio Wendt, ist bekanntlich bei Stogen gestrandet. Der zweite Kommandierende der Bismarcksmannschaft wurde ungeachtet seines Einspruchs, als er an Land kam, interniert, ebenso später, bei Aufgabe des Schiffes, die ganze deutsche Mannschaft. Die Aufgabe des Schiffes ist auf eine unerlässlich unzureichende, an Neutralitätsverletzung grenzende Haltung der dänischen Behörden zurückzuführen. Denn es befindet die Möglichkeit, das gestrandete Schiff wieder flott zu machen; ein dänischer Bergungsdampfer hatte seine Hilfeleistung angeboten, die dänische Regierung jedoch verbot ihm, sein Rettungsnetz zu verwerfen und den Janatio Wendt abzuheben. Nach Seerechtsvorschriften dürfen die Kriegsschiffe der Kriegführenden neutrale Häfen anlaufen, um Lebensmittel, Vorräte und Heizstoffe an Bord zu nehmen oder Schiffschäden auszubessern; nur solche Unterstellung ist verboten, die ihre militärische Kraft erhöhen würde. Auch das Durchfahren neutraler Gewässer ist den Kriegsschiffen gestattet, ebenso die Verwendung neutraler Ruten in neutralen Gewässern. Durch keine dieser Handlungen wird die Neutralität des am Anzuge unbeteiligten Staates gefährdet. Wie kommt also Dänemark dazu, einem aufgelaufenen Schiffe Abhilfe zu verweigern?

Die deutsche Seehandlung in Kopenhagen wird zweifellos scharfen Protest gegen obige Behandlung einlegen. Die Freigabe der internierten deutschen Seeleute fordern und die deutschen Schadenersatzansprüche formulieren.

#### Nordamerika.

25 Jahre Buchhaus für deutsche Sympathien!  
Amsterdam, 27. Febr. Die Times meldet aus New York, daß der amerikan. Antikörperhauptmann Dand A. Dufes wegen deutscher Sympathien aus der amerikanischen Armee entlassen und zu 25 Jahren Buchhaus verurteilt wurde. Er hatte einen Brief an den Kriegsführer Dufes geschrieben, in dem er erklärte, daß seine Frau Dufesreichin sei, seine Mutterverwandten deutscher Abstammung seien. Es sei ihm unmöglich, gegen seine Verwandten zu kämpfen.

#### Amerikanische Wohlfühligkeit!

Gegen den Wirtschaftskrieg.  
Der Manchester Guardian vom 16. Februar berichtet aus New York, daß die National Manufacturers Association — ein sehr einflussreicher Verband amerikan. Fabrikanten — im Wege der Abstimmung einen Vorstoß der Handelskammer der Vereinigten Staaten, gegen Deutschland nach dem Kriege einen Handelsboikott in Kraft treten zu lassen, abgelehnt hat.

Der Manchester Guardian vom 16. Februar berichtet aus New York, daß die National Manufacturers Association — ein sehr einflussreicher Verband amerikan. Fabrikanten — im Wege der Abstimmung einen Vorstoß der Handelskammer der Vereinigten Staaten, gegen Deutschland nach dem Kriege einen Handelsboikott in Kraft treten zu lassen, abgelehnt hat.

Der Manchester Guardian vom 16. Februar berichtet aus New York, daß die National Manufacturers Association — ein sehr einflussreicher Verband amerikan. Fabrikanten — im Wege der Abstimmung einen Vorstoß der Handelskammer der Vereinigten Staaten, gegen Deutschland nach dem Kriege einen Handelsboikott in Kraft treten zu lassen, abgelehnt hat.

Der Manchester Guardian vom 16. Februar berichtet aus New York, daß die National Manufacturers Association — ein sehr einflussreicher Verband amerikan. Fabrikanten — im Wege der Abstimmung einen Vorstoß der Handelskammer der Vereinigten Staaten, gegen Deutschland nach dem Kriege einen Handelsboikott in Kraft treten zu lassen, abgelehnt hat.

Der Manchester Guardian vom 16. Februar berichtet aus New York, daß die National Manufacturers Association — ein sehr einflussreicher Verband amerikan. Fabrikanten — im Wege der Abstimmung einen Vorstoß der Handelskammer der Vereinigten Staaten, gegen Deutschland nach dem Kriege einen Handelsboikott in Kraft treten zu lassen, abgelehnt hat.

Der Manchester Guardian vom 16. Februar berichtet aus New York, daß die National Manufacturers Association — ein sehr einflussreicher Verband amerikan. Fabrikanten — im Wege der Abstimmung einen Vorstoß der Handelskammer der Vereinigten Staaten, gegen Deutschland nach dem Kriege einen Handelsboikott in Kraft treten zu lassen, abgelehnt hat.

Der Manchester Guardian vom 16. Februar berichtet aus New York, daß die National Manufacturers Association — ein sehr einflussreicher Verband amerikan. Fabrikanten — im Wege der Abstimmung einen Vorstoß der Handelskammer der Vereinigten Staaten, gegen Deutschland nach dem Kriege einen Handelsboikott in Kraft treten zu lassen, abgelehnt hat.

Der Manchester Guardian vom 16. Februar berichtet aus New York, daß die National Manufacturers Association — ein sehr einflussreicher Verband amerikan. Fabrikanten — im Wege der Abstimmung einen Vorstoß der Handelskammer der Vereinigten Staaten, gegen Deutschland nach dem Kriege einen Handelsboikott in Kraft treten zu lassen, abgelehnt hat.

Der Manchester Guardian vom 16. Februar berichtet aus New York, daß die National Manufacturers Association — ein sehr einflussreicher Verband amerikan. Fabrikanten — im Wege der Abstimmung einen Vorstoß der Handelskammer der Vereinigten Staaten, gegen Deutschland nach dem Kriege einen Handelsboikott in Kraft treten zu lassen, abgelehnt hat.

Der Manchester Guardian vom 16. Februar berichtet aus New York, daß die National Manufacturers Association — ein sehr einflussreicher Verband amerikan. Fabrikanten — im Wege der Abstimmung einen Vorstoß der Handelskammer der Vereinigten Staaten, gegen Deutschland nach dem Kriege einen Handelsboikott in Kraft treten zu lassen, abgelehnt hat.

Der Manchester Guardian vom 16. Februar berichtet aus New York, daß die National Manufacturers Association — ein sehr einflussreicher Verband amerikan. Fabrikanten — im Wege der Abstimmung einen Vorstoß der Handelskammer der Vereinigten Staaten, gegen Deutschland nach dem Kriege einen Handelsboikott in Kraft treten zu lassen, abgelehnt hat.

Der Manchester Guardian vom 16. Februar berichtet aus New York, daß die National Manufacturers Association — ein sehr einflussreicher Verband amerikan. Fabrikanten — im Wege der Abstimmung einen Vorstoß der Handelskammer der Vereinigten Staaten, gegen Deutschland nach dem Kriege einen Handelsboikott in Kraft treten zu lassen, abgelehnt hat.

Der Manchester Guardian vom 16. Februar berichtet aus New York, daß die National Manufacturers Association — ein sehr einflussreicher Verband amerikan. Fabrikanten — im Wege der Abstimmung einen Vorstoß der Handelskammer der Vereinigten Staaten, gegen Deutschland nach dem Kriege einen Handelsboikott in Kraft treten zu lassen, abgelehnt hat.

## Unpolitische Zeitläufe.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 28. Februar.

Auf dem Haupt die Kronen prangen;  
In dem Hype wühlen Schlangen  
Reich an Gold und Ehr' und Macht.  
Voller Qual in Geistesnacht.  
Biel bewundert, viel beneidet;  
Niemand ahnet, was er leidet.  
Von des „Glücks“ höchster Höhe  
Sturz in den Bergessungstee.

Der 40 Jahre alt ist, wird sich noch des Grauens erinnern, das durch die Welt ging, als König Ludwig II. von Bayern seinen Tod im Starnberger See fand. Eine entsetzliche Kunde zu Pfingsten 1886. Der Menschheit ganzer Jammer fuhr uns an. 22 Jahre auf dem herrlichen Thron, ausgestattet mit allen Mitteln zur Befriedigung seiner Wünsche und Liebesvertrieben, aber immer tiefer verfallend in innere Verwirrung und Menschenhass, von den Hallen des Wahnsinns gepackt und verurteilt. Am 10. Juni mußte er wegen Geisteskrankheit entmündigt werden; am 13. Juni benutzte er einen Spaziergang in Begleitung des Arztes Dr. Gudden, um sich in den See zu stürzen. Auch der Arzt fand bei dem Versuch der Rettung den Tod.



## Die Schiffraumfrage.

Frankf. 2. März. Archibald Durd stellt im „Daily Telegraph“ vom 25. Februar sehr pessimistische Betrachtungen über die Schiffraumfrage an. Obzwar Monarchen habe gefügt, daß der englische Schiffraum im Jahre 1917 um 20 Prozent gegen 1916 zurückgegangen sei. Man wisse nun nicht, ob hierbei die Verluste der für die Zwecke des Seeres und der Flotte fahrenden Schiffe einbezogen seien. Jedenfalls aber sei die Lage ernst. Der Feind habe zwar England nicht innerhalb weniger Monate besiegt, wie er angekündigt habe. (Großadmiral v. Tirpitz uhm.), aber doch an seinem schwächsten Punkt sehr getroffen. Obwohl die Regierung 20.000 gekaufte Arbeiter in die Schiffswerften gebracht habe, sei die Produktionsziffer mit 1.163.470 Tonnen für das Jahr 1917 unerfreulich, da man mindestens auf zwei Millionen zu rechnen. In Nord-Großbritannien 3 Millionen jährlich, angekündigt habe. Im Nov. 1917 seien gebaut worden 130.375 Tonnen einschließlich zwei Standardschiffen, im Dezember 111.753, einschließlich 6 Standardschiffen, im Januar 1918 seien es nur 55.508 Tonnen einschließlich 4 Standardschiffen gewesen. Also: Statt Vermehrung des Baues sei eine Verminderung eingetreten, die im Januar sogar 43 Prozent im Vergleich zum November betragen habe. Und das trotz allem Gebrauche über die Verbesserung der Organisation und trotz der Beschleunigung der Arbeit. Die wichtigsten von allen Fragen, einerseits ob sie die Marine oder die Ernährung betreffen, sei die Schiffraumfrage. Ohne Schiffe könne England nicht fortfahren zu kämpfen.

## Deutschland.

\* Große Rundgebung der bayerischen Landwirtschaft. München, 2. März. Der landwirtschaftliche Verein in Bayern, der bayerische Bauernverein, der Bund der Landwirte, der Bayerische Bauernverband, der Bayerische Mühlenverband, die bayerische Mühlenvereinsung, der Bayerische Mühlenbund und der Bayerische Mäherverband veranstalteten am 27. Februar nachmittags im großen Saale des Hofbräuhauses eine sehr zahlreich besuchte Versammlung, zu der auch Abgeordnete aller bayerischen Parteien erschienen waren, um eine Stellungnahme zu den deutsch-österreichischen Wirtschaftsverhandlungen. Die Versammlung leitete der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Vereins, Herr v. Götto.

Der Hauptvortrag hatte Geheimrat Landesökonomrat Dr. Heim übernommen. Der Redner ging davon aus, daß Deutschland sich in Gefahr nur auf sich selbst verlassen kann und daher den Grundzug der Selbstversorgung nicht preisgeben darf. Dabei handelte es sich nicht nur um das Interesse der Landwirtschaft, sondern um die Lebensinteressen des Staates und Volkes. Der Krieg habe die Notwendigkeit unserer bisherigen Wirtschaftspolitik bestätigt. Die wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Österreich dürfe daher nicht auf Kosten der Landwirtschaft erfolgen. Er lehne eine engere Verbindung mit Österreich keineswegs ab, aber Österreich brauche und nicht das zu liefern, was wir bisher viel besser selbst erzeugt haben. Höher liege der Gedanke, die engere Verbindung auf dem Grundzug der Ergänzung und Zweckmäßigkeit aufzubauen. Unsere Ergänzung an Getreide, Vieh und Ausfuhrstoffe dürfe nicht gefährdet werden, denn unser Schicksal hänge von keinem anderen Staate ab. Die Beziehungen zu Österreich könnten auch durch Verbesserung der Verkehrswege sowie durch die Angleichung des Verkehrs- und Handelsrechts, der sozialen Gesetzgebung, der Vereinheitlichung des Zolltarifs (Heim) und durch bedingte Preisbegrenzungsverträge gefördert werden. Das, was darüber hinausgehe, sei im Interesse der Gesamtheit abzulehnen, ebenso Angehörigkeiten auf Kosten der Mühlen- und Holzindustrie. Unsere Wirtschaftspolitik werde nach dem Kriege mehr noch als bisher auf Selbstversorgung einzustellen sein, nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Industrie, die noch lange vor allem auf den Inlandsmarkt angewiesen sein werde. Daher gelte es, die Landwirtschaft künftighin zu erhalten. Für die Erhaltung der Landwirtschaft kämpfe man, nicht um ihre Bereicherung, von der manche heimlich träumen. Die Landwirtschaft mache im Gegensatz zur Industrie keine Gewinne, sie gelte vielmehr von der Benachteiligung auf Kosten der Zukunft, sie produziere auf Kosten ihrer Anlagewerte, die sie erst in jahrzehntelanger Friedensarbeit mit erhöhten Kosten wieder ersetzen können. Dabei brauche sie Unterstützung, und die müsse man erhoffen von der Erkenntnis, daß das Schicksal Deutschlands mit dem seiner Landwirtschaft eng verknüpft ist. Die Landwirtschaft werde in den kommenden wirtschaftspolitischen Kämpfen einen schweren Stand haben. Darauf wies schon die Herabsetzung des Reichssteuergesetzes hin, die eine Vermehrung der „Alphalmandate“ und eine Verringerung des Einflusses der Schollewähler im Gefolge habe. Um so notwendiger sei ein einziges Zusammengehen aller landwirtschaftlichen Kreise.

Die Vertreter der übrigen Organisationen erklärten ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Redners, so namens des Bundes der Landwirte Reichslandtagsabgeordneter Weiland, namens des Bayerischen Bauernbundes der Abg. Eichenborger und namens des Deutschen Bauernbundes der liberale Volkskammermann Hartmann. Mit einem kurzen Aufschwung Dr. Heims ging die Versammlung zu Ende.

\* Die württembergischen Feuerungsanlagen. Stuttgart, 27. Febr. Die Vorläge über die Feuerungsanlagen für Beamte, Geistliche, Lehrer und Staatsarbeiter fordert insgesamt 63,7 Millionen Mark. Die Gehaltszulagen betragen für verheiratete Beamte 700 bis 1400, für unverheiratete 500 bis 800, für weibliche 500 und für Beamte unter 21 Jahren 400 Mark. Für jedes Kind erhöht sich die Zulage um 100 Mark. Außerdem erhalten Beamte im Gesamteinkommen bis 7300 Mark noch Zulagen von 125 bis 250 Mark. Auch die Ruhegehälter erfahren eine entsprechende Regelung.

## Lokales.

Limburg, 4. März.

== Halbmarkt. Anlässlich des Trauerfalls im Großherzogtum wurde Limburg-Strelitz hatte gestern das hiesige Postamt halbmarkt geschlossen.

== Das Eisenkreuz. Dem Kanonier Adolf Döring, Sohn des Lokomotivführers Karl Döring hier, wurde für tapferes Verhalten im Felde das Eisenkreuz verliehen.

== Schulschluß wegen des Friedensschlusses. Auf Befehl des Kaisers hat der Kultusminister angeordnet, daß wegen des Friedensschlusses mit Rußland der Unterricht in den Schulen der Provinz Posen heute, Montag, oder, wo wegen der Stürze der Zeit die Durchführung nicht möglich ist, Dienstag ausfallen soll.

== Preussische Süddeutsche Klassenleiterie. Die Erneuerung der Lose zur 3. Klasse 11. (237.) Lotterie muß bei Verlust des Anrechtes spätestens bis Mittwoch, den 6. ds. Mts., abends 6 Uhr erfolgen. Auch müssen die Lose für die 3.

Klasse unter Rückgabe der Gewinnlose 2. Klasse bis zum vorerwähnten Termine eingereicht sein.

== Ferkelböckpreise nur für Schlachtferkel. Zahlreiche Anfragen und Briefschaften enthalten die Meinung, daß die neuerdings festgesetzten Ferkelböckpreise von 1,10 Mark pro Pfund Lebendgewicht als Stall bei allen Ferkelverkäufen Geltung haben, gleichgültig, zu welchem Zwecke die Tiere erworben werden. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß dieser Böckpreis nur für Schlachtferkel gilt, die zum Zwecke sofortiger Schlachtung erworben werden, nicht aber für Tiere, deren Kauf zu Nachzucht oder zur Aufzucht zum Masten erfolgt.

== Wichtig für Lebensmittel. Die Versorgungsabteilung des deutschen Reiches Berlin schreibt: In diesem Versorgungsabschnitt konnte und der Kriegsausgang für Ersatzstoffe nur geringe Mengen tierischen Vieh zuteilen. Der Grund hierfür ist, daß eine Anzahl Viehhändler wegen Rohmangel ihren Betrieb längere Zeit stilllegen mußten. Die Folge hiervon war, daß wir von dem Kriegsausgang für Ersatzstoffe die Versorgung erhielten, einseitig nur solche Betriebe zu berücksichtigen, welche in begünstigter Form ihre Herdenträger nachgewiesen haben. Für Viehwirtschaft, insbesondere für die Herstellung von Rohstoffen, darf zunächst kein Vieh freigegeben werden. Die Viehwirtschaft der Zukunft wird sich auf die Erhaltung der Viehbestände beschränken müssen, so erhalten auf Antrag die Viehhändler ihre Viehbestände zurück oder werden solche auf den nächsten Versorgungsabschnitt verzeichnet. Die Viehhändler müssen, weil die Viehhändler erklären, gegen Viehwirtschaft sofort jedes Quartier abgeben zu können. Diese Ausnahme ist durchaus richtig. Die bei den Viehhändlern liegenden Viehbestände sind bei der Viehwirtschaft mit Berücksichtigung zu werden. Ein Viehhändler dieser Art waren danach die Viehhändler zu fassen, um auch der Viehwirtschaft Vieh zuteilen zu können.

== In Sachen des Einbruchdiebstahls beim Uhrmacher Franz Schmidt in der Oberen Grabenstraße wird auf der Vernehmung, der beiden Einbrecher, welche am verflochtenen Freitag in Höhe 1. M. stattgefunden bekannt: Der eine Einbrecher ist durch das Fensterloch gestiegen und nahm von dort den Weg nach dem Hauseingang; sein Komplize wurde durch die Türe, welche nach dem kleinen Hausgarten führt, hineingelassen. Die Türe wurde durch die Türe geöffnet und von da aus die Türe geöffnet, um in den Laden zu gelangen. Im Laden wurde alles eingepackt, was Wert hatte, und der Laden wurde bald ein ganz erhebliches Gewicht. Mit dem 1. Jule führen nach gelungener Tat die Einbrecher über Rohling nach Dortmund-Görde, wo sie die Verhaftung der beiden nach Rücksicht untergebracht wurden. Inzwischen war aber die rührige Limburger Polizei auf die richtige Fährte gelangt und ließ spürte der lange Arm des Telephonats nach dem weltlichen Industriegebiet hinüber, wo den dortigen Polizeibehörden das Signalment der beiden verhafteten Einbrecher bekannt gegeben wurde. Die Verhaftung der Gomer erfolgte alsdann mit überraschender Promptheit. Herr Uhrmacher Schmidt, unser ausgetriebene Viehhändler, war in den verflochtenen Tagen nach Bielefeld gefahren, um dort die bei den Einbrechern sowie bei Viehhändlern beschlagnahmten Uhren und Goldschmuck zu durchmustern und zu rekonstruieren. Ein recht erheblicher Teil der geraubten Sachen ist auf diese Weise wieder in den Besitz des rechtmäßigen Eigentümers zurückgeliefert. Als noch fehlend wurden jedoch festgestellt: 8 gold. Herren- und sämtliche gestohlene Damen-Uhren, sowie einige silberne Uhren. Der Schaden für Herrn Schmidt beläuft sich auch jetzt noch immerhin auf 2000 Mark. Die goldenen Uhren waren an einen Händler für 800 M. veräußert worden. Das Geld ist natürlich beschlagnahmt worden.

Demerschenwert ist, daß die beiden verhafteten Einbrecher auch den bekannten Speicheldiebstahl im Limburger Schlachthaus vollführt haben und dessen Gehaltig sind. Dagegen leugnen sie beharrlich auch den Einbruch bei Saalfeld auf dem Kirchhof zu haben.

## Provinzielles.

\* ? : Standt, 3. März. Ein. Ref. Moritz Wies erhielt an der Westfront das Eiserne Kreuz 2. Kl. \* ? : Winkels, 3. März. Das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhielt der Schullehrer Karl Reichel von hier. \* ? : Niederlahnstein, 3. März. Eine Einbürgerung der Stadt Niederlahnstein erreichte den Betrag von 57.200 Mark.

\* ? : Weilbach (Krs. Wiesbaden), 3. März. Durch ein Militärkommando findet hier a. Jt. eine Suche nach Kartoffeln statt. Da die Suche ungewöhnlich gründlich arbeiten, kommen reiche Schätze ans Tageslicht, die, wenn sie überflüssig sind — und das sind sie gewöhnlich —, sofort auf ein Militärkommando verladen und dem Kommandoverband zur Verfügung gestellt werden. Selbst, von Andern, die mit Spinnat befaßt waren, holten diese fundigen Leute große verborgene gebaltene Kartoffelbörse.

\* ? : Griesheim, 3. März. Dr. Gustav Viktor, Direktor der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron, wurde von der Technischen Hochschule Dresden zum Doktor-Ingenieur ehrenhalber ernannt als Anerkennung für seine hervorragende Tätigkeit auf dem Gebiete der elektrischen Technik und im besonderen der Aluminiumindustrie während des Krieges.

\* ? : Königstein, 3. März. Von Kasse, h. d. Nachschub eingetroffen, daß der Vorst. der von den Russen hier geleiteten St. Anna-Schule und ihre Erhebung zu einem Lyzeum mit Wirkung Ostern 1918 genehmigt ist.

\* ? : Frankfurt, 3. März. Der Magistrat hat beauftragt, die Rassen in die Ziege ungeschlüsselt, die sich die Förderung des Kleinwirtschens in der Provinz zur Aufgabe gemacht hat, mit einem Betrag von 30.000 M. beizutreten.

\* ? : Frankfurt, 3. März. Zu Gunsten der notleidenden Angehörigen des Kleinhandels und Kleingewerbes hat die Handelskammer ein großzügiges Hilfsnetz eingeleitet. Aus den eingehenden Geldern soll eine Stiftung errichtet werden, die der Handelskammer angegliedert wird. Die Zeitung des Hilfswerkes hat ein Präsidium übernommen, an dessen Spitze Regierungsrat Dr. v. Meißner-Wiesbaden steht.

## Vermischtes.

### Doppelmord in einem Pfarrhaus.

\* ? : Mainz, 2. März. Pfarrer Fischer in Ratten bei Weinsberg und seine Haushälterin wurden von einem 19jährigen Mädchen mit der Art erschlagen. Die geistliche Würdin ist verheiratet. Sie hatte anonyme Briefe geschrieben und sollte auf Wunsch des Pfarrers bei den verheirateten Abbitte leisten. Sie fürchtete, daß ihr Vater davon erfahre, und verübte deshalb den Doppelmord.

\* ? : Heinsberg, 2. März. Zur Ermordung des Pfarrers Fischer in Ratten und seiner Haushälterin wird aus amtlicher Quelle bekannt, daß als geistliche Würdin die 19 Jahre alte Katharina Schm. Tochter eines Kleinbauers von dort, verheiratet worden ist. Der Verlobte hatte sich sofort aus dem Mädchen geliebt, da man es kurz vorher als die Ueberbringerin anonymen Briefe ermittelt hatte, und ihm so missartete Fischer eine dreitägige Frist gestellt worden war, dem Bürgermeister des Ortes über die Ver-

schlungen ein Geständnis abzugeben. Diese Frist war abgelaufen, als das Mädchen den Entschluß zu dem schrecklichen Verbrechen faßte. Am 28. März begab es sich mit einem Beil und Brotmesser bewaffnet in das Pfarrhaus, wo es zunächst die Haushälterin und dann den Pfarrer ermordete. Der Pfarrer wurde durch einen Schlag auf den Kopf mit dem Beil erschlagen. Den Leichen nachsah sie mit dem Messer dann noch den Hals. Die Leichen wurden darüber, ob die Würdin, die anfangs leugnete, dann aber ein Geständnis ablegte, gestrichelt ist, sind in der Gemeinde gestellt. Der verlorene Pfarrer ist ein Sohn des verstorbenen Zeitungsvorlegers Fischer in Ratten und ein Neffe des verstorbenen Pfarrers Fischer in Ratten.

### Bergwerksunfälle.

\* ? : Offen, 3. März. Bei einer Schlagwetterexplosion auf der Grube Friedrich der Grube bei Herne wurden 26 Bergleute getötet.

### Explosion in einer Pulverfabrik.

\* ? : Reithelm, 3. März. Am Abend des 27. Februar gegen 7 Uhr ist in der Pulverfabrik Reithelm in einem Pulverraum eine Explosion ausgedacht. Der Pulverraum wurde durch die Explosion zerstört. Die Explosion bedrohte sich auch auf einige Nachbargebäude aus, die teilweise ausbrannten. Drei Menschenleben sind zu beklagen. Sonst sind bei einer Anzahl von Arbeitern nur leichtere Verwundungen vorgekommen. Der Betrieb ist nur in beschränktem Umfang auf vorübergehende Zeit gestoppt.

## Letzte Nachrichten.

### Die militärischen Bewegungen in Großrußland eingestell.

BB. Berlin, 3. März. (Amtlich.) Abends. Infolge der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Rußland sind die militärischen Bewegungen in Groß-Rußland eingestellt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

### Der Kaiser an Hertling.

Berlin, 3. März. Seine Majestät der Kaiser haben anlässlich des Friedensschlusses mit Rußland an den Reichskanzler Grafen Hertling folgendes Telegramm geschickt:

Großes Hauptquartier, 3. März 1918.

Das deutsche Schwert hat, geführt von großen Führern, den Frieden mit Rußland gebracht. Mit tiefer Dankbarkeit gegen Gott, der mit uns gewesen ist, erfüllt mich diese Freude über die Taten meiner Arme, über die glücklichen Ausbauer meines Volkes. Daß deutsches Blut und deutsche Kultur hatten gerechtfertigt werden können, ist für mich eine besondere Befriedigung. Empfangen auch Sie für Ihre treue starke Mitwirkung am großen Werke meinen warmen Dank.

Wilhelm I. R.

### Wiener Tagesbericht.

BB. Wien, 3. März. (Amtlich) wird verlautbart:

An der B. i. a. v. e. mehrere Feuerüberfälle. Im Gebirge verhängen starke Schneefälle seit gestern mittag jede Gefährlichkeit.

In Bosnien haben österreichisch-ungarische Truppen Schmerza nach kurzem Kampf besetzt. Bei der Einnahme von Gorodok ergaben sich ein sibirisches Korps und ein Infanteriedivisionskommando.

Der Chef des Generalstabes.

### Von der Ostfront.

Die aus dem Osten gemeldete, ungeheure Deute an Tausenden von Gefangenen, an vielen Tausenden Maschinengewehren, an Kraftwagen und Panzerautos, Fahrzeugen aller Art, an mehreren Millionen Schuss Artilleriemunition und die gewonnenen Rüstungen an erbeuteten Lokomotiven und Eisenbahnwagen sind ein großer Kraftzuwachs für die deutsche Armee und Industrie.

### Der zweite Sonderfrieden.

Der Friedensvertrag mit Großrußland ist am 3. März unterzeichnet und damit nach dem Friedensschluß mit der Ukraine vom 9. Februar der zweite Sonderfrieden dieses Weltkrieges zur Tatsache geworden. Denn darin, daß es sich hier um Sonderfriedensschlüsse handelt, liegt, wie wir schon gelegentlich des Ukrainefriedens ausgeführt haben, die polit. Hauptbedeutung des Vorgehens. Englands wohlbedachte Politik, im Wege einer allgemeinen Friedenskonferenz und eines allgemeinen Friedensschlusses — wobei die Mittelmächte vornehmlich die politisch und diplomatisch Unterlegenen hätten sein müssen — den Krieg zum diplomatischen Siege Großbritanniens zu führen, ist abermals an entscheidender Stelle gescheitert. Eine Politik, die an den unüberlebenden Doktrinarismus mancher, nicht einflussreicher Kreise in Deutschland eine Stütze gefunden hat. Die Macht der Tatsachen, die noch immer stärker ist, als alle Theorie, hat zu anderen Ergebnissen geführt und bewiesen, daß vom deutschen Standpunkt angesehen, der Weg zum allgemeinen Frieden nur über den Sonderfrieden führen darf.

### Die Entschreibung in Petersburg.

Petersburg, 3. März. Die „Pravda“ teilt mit: Ueber die Frage „Krieg oder Frieden“ hat der Rat der Volkskommissare eine Umfrage erlassen und aus allen Teilen Rußlands, in der Hauptstadt durch die Sowjets und die politischen Organisationen, Antworten erhalten. Die Mehrzahl der eingelaufenen Antworttelegramme erklärte sich für den Frieden, der Kronstädter Soldatenrat für den Krieg. Einige Sowjets fordern die Einberufung einer allgemeinen Versammlung zur Erörterung des Gegenstandes. Die „Pravda“ hält es für eine bemerkenswerte Tatsache, daß die Anhänger des Friedens doch die Aufstellung einer Roten Garde fordern.

### Ein engl. Geleitzug von einem U-Boot zerstört.

In Bergen kamen der „Hess. Jag.“ zufolge zwei und in Schwaberg ein Schiff an, die zu einem zehn Schiffe starken Geleitzug gehörten, der England am Abend verließ. Der Geleitzug wurde in der Nähe der nordwestlichen Küste durch einen bestigen U-Boot auseinandergetrieben. Ueber die anderen sieben Schiffe fehlt vorläufig jede Nachricht.

### Japan, China und Amerika.

Genf, 3. März. Aus London meldet Havas vom 2. März: Man telegraphiert der „Morning Post“ aus Shanghai, daß China (1) beschlagnahmt hat, an

der japanischen Expedition in Sibirien zuzuschicken. Es soll vier Divisionen schicken. Ferner beschlagnahmt, daß Amerika beschlagnahmt ist, mit Japan zusammenzugehen.

Bern, 3. März. Das „Journal de Geneve“ schreibt zu der möglichen japanischen Intervention, es habe den Anschein, als ob dieselbe bei gewissen Alliierten auf starken Widerstand stoße. In Japan selbst seien die Ansichten über die Möglichkeit des militärischen Vorgehens geteilt.

Washington, 3. März. (Reuter.) Es verkundet, daß in der Kabinetsberatung, die sich mit der vorgeschlagenen Aktion in Sibirien beschäftigt habe, die Ansicht sehr viel Anhang gefunden habe, daß Japan, da es besser ausgerüstet sei, rasch vorgehen und alle etwa notwendigen Schritte allein tun soll.

Stillsch. wäre es, wenn die angeblich so idealistischen Herrn Alliierten wegen der jetzigen sibirischen Werte vor aller Welt uneins würden und sich ernstlich in die Haare gerieten.

### Prinz Mirko f.

Prinz Mirko von Montenegro, der wegen seines schweren Lebens vor zwei Jahren sich in ein hiesiges Sanatorium begeben hat, ist heute dort einer Lungenblutung erlegen.

### Amerikanische Schiffe nach China.

Central News“ berichten aus New York: Angeht die großen wirtschaftlichen und finanziellen Interessen, die die Vereinigten Staaten in China haben, finden zurzeit in der amerikanischen Regierung Bedenken über die Frage der Entsendung eines großen amerikanischen Kriegsschiffes nach China.

### Ein Getreideschiff für die Schweiz gesunken.

Basel, 2. März. Wie die Blätter melden, ist einer der vier aus Amerika nach der Schweiz abgeordneten Getreideschiffe, „Barbiero“, mit 2000 Tonnen Weizen, Roggen und Mehl, auf hoher See gesunken.

### Beschlagnahme der deutschen Docks in Amerika.

San Francisco, 2. März. Die „Morning Post“ meldet aus Washington: Palmer, der Vertreter des feindlichen Eigentums, hat die Absicht, die New Yorker Docks der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd schätzungsweise für mehrere Millionen Dollars zu beschlagnahmen und sie dann zu verkaufen. Wilson soll diesem Plane zustimmen.

### Finnland lehnt einen russ. Waffenstillstand ab.

Das Pariser „Welt Journal“ meldet aus Stockholm: Der finnische Oberbefehlshaber hat den v. den Kessingforscher Vosschewski erbetenen Waffenstillstand verweigert, ebenso den Eintritt in Friedensverhandlungen. Er verlangt die bedingungslose Räumung von Kessingfors, wo die Rote Garde seit Tagen blüht.

### Frankenländer Appell an Rumänien.

Lugano, 3. März. Der Berliner Sonderkorrespondent des Secolo meldet: 60 französische Exminister, Parlamentarier, Universitätsprofessoren usw. telegraphierten an den König von Rumänien, sie seien überzeugt, daß Rumänien Dänien und Belgien dem betragendswürdigen Beispiel Belgiens und Serbiens folgen würde, um mit allen Opfern die Ehre und Unabhängigkeit Rumaniens zu wahren.

Es ist bemerkenswert, daß den verbündeten Rotherbern davor grollt, die rumänischen Felle davon schwimmen zu sehen, und darum in letzter Stunde noch alles anstellen, um die Rumänen an der Stange der Besinnlichkeit zu halten.

### Ohne Prüfung unterzeichnet.

BB. Amsterdam, 3. März. Das Reuterische Bureau meldet aus Petersburg: Der russische Delegation in Brest-Litovsk telegraphierte, daß die Delegation beschlagnahmt habe, ohne vorherige Prüfung der verschiedenen Klauseln den Friedensvertrag zu unterschreiben, da die Deutschen sich weigerten, die militärischen Operationen bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages abzustellen.

### Die russische Kritik.

Die „Basler Nachrichten“ melden aus Petersburg: Fast alle Regimenter Petersburg haben sich geweigert, dem Mobilisationsbefehl der Volksbeauftragten Folge zu leisten. Die Soldaten machten geltend, Lenin nur unterstützt zu haben, weil er den Frieden verweigerte. Nach der Ausrückung der Rotten hält man die Kritik in der maximalistischen Regierung für eröffnet. Der russische Umsturz scheint an einem neuen Wendepunkt angelangt zu sein.

Dass „Basler Nachrichten“ melden der Petersburger Mitarbeiter der „Daily News“, daß sich die russischen Truppen vielfach weigern, den deutschen Truppen Widerstand zu leisten. Eine Division, die Narva verteidigen sollte, tauchte plötzlich in Ostkissa, 50 Kilometer von Petersburg entfernt, auf. Krylenko erhob beständigen Einspruch gegen dieses Verhalten. Die Soldaten antworteten darauf, sie hätten keine Lust mehr zu kämpfen.

### Oesterreichischer Vormarsch ohne Widerstand.

Wien, 3. März. Das „Deutsche Volksblatt“ meldet: In der Gegend östlich von Gernomino bestrichen die österreichischen Truppen diejenigen Stellen, die die Rumänen innehaben, als die Ukraine dem Friedensvertrag entsprechend das östliche Gebiet räumte. Der Vormarsch vollzieht sich durchwegs ohne Widerstand. In dem Vorhof unserer Truppen nimmt auch eine große ukrainische Legion teil.

### Petersburg nicht verteidigt.

Basel, 2. März. Die „Times“ melden aus Petersburg: Eine Bekanntmachung der Regierung erwähnt die Bevölkerung zur Ruhe und erklärt, daß die Regierung Petersburg nicht verteidigen werde. Den Völkern wird mitgeteilt, daß der Abschluß des Friedens unmittelbar bevorsteht, womit auch der Vormarsch des Feindes auf russischem Boden sein Ende finden werde.

Raut „Neuer Zürcher Bld.“ meldet aus Petersburg: Das Staatsdepartement erklärt, daß in Moskau lieberhafte Verwirrung eingeleitet hat. Die Bevölkerung befürchtet, daß die deutschen Streitkräfte sich sammeln, um Moskau zu erreichen.

Der russische Appell an Rumänien.



